

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Nr. 15.

Erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend.
Jährlich 150 Nummern.
Abonnementspreis 65 Pfennig vierteljährlich
auschl. Postbestellgebühr.

Leipzig, den 6. Februar 1906.

Anzeigen im „Korr.“ kosten: die viergespaltene
Nonpareilzeile 25 Pfennig;
Versammlungsanzeigen sowie Arbeitsmarkt
aber nur 10 Pfennig die Zeile.

44. Jahrg.

Die bündlerischen Streifbrecher

erfüllen im „Typograph“ die Lust mit dem Geheule hungriger russischer Wölfe, denen es heutzutage nur noch selten gelingt, sich einmal an Menschenfleisch satt zu fressen. Und wie oft ist diesen bündlerischen Wölfen nicht der gerauberte Happer wieder aus dem Maule gerissen worden und statt des erhofften Bratens gab's eins auf die Schnauze! Aber hier und da gelingt es ihnen doch noch, einen friedlichen Wanderer niederzureißen und sich an ihm gütlich zu tun. Darob dann große Freude bei der ausgehungerten Wolfsgeellschaft, und mit dem Stolz und mit der Herausforderung des Satten betrachtet sie ihr straßenräuberisches Handwerk als höchst verdienstlich für die ganze angekommelte wölfische Kultur.

Aber wie die Wölfe im allgemeinen aussterben, so auch die bündlerischen Flegel. Mit Schauern sehen die alten Wolfsveteranen die Reihen sich lichten als Folge des Mangels genügender Ernährung bei den gegenwärtig hohen verbändlerischen und tariflichen Fleischpreisen. Darum gilt es, mit Todesverachtung selbst in die Niederlassungen und Behausungen der Menschen einzudringen und dort nach „alter (Bundes-)Väter Weise“ vandalisch zu hausen und nichts zu verschonen als glühendes Eisen und Mühlsteine.

Oft schon haben wir dabei die alten frechen wie die jungen dummen Wölfe überrascht und sie mit einer unbarmherzigen Tracht Prügel und ausgeglichener Ohren in die ostelbischen und schlesischen Wälder zurückgetrieben. Deshalb natürlich blutige Nacheschwüre im ganzen Volksstamme, und Entsendung von durch das Los bestimmten Freiwilligen, die uns meuchlings in das Genick springen sollen, für solanen Versuch aber von uns immer Kreuzlahm gehauen werden und winselnd an den bundesväterlichen Herd zurückkehren müssen.

So könnte man satirisch die Situation kennzeichnen, wie sie im Gutenbergbunde — dieser Schand- und Spottgeburt einer Arbeiterorganisation — zurzeit liegt, und inwieweit der Verband davon berührt wird. Jedesmal, wenn es dieser selbst von der Prinzipalität als Streifbrecherorganisation bezeichneten Sippchaft gelungen ist, einen ganz gemeinen Streich auszuführen, hinterlistig und heimtückisch und verräterisch der Gehilfenschaft zugunsten raffiniertester Scharfmacher im Gewerbe in den Rücken gefallen zu sein, stimmt der „Typograph“ ein Freudengeheul an, das entstehen mag, wenn die Wolfsmutter ihren hungrigen Kindern fettes Futter bringt. Was schert es diese, woher es kommt, damit hat die Wolfsmoral nichts zu tun!

Alle Bundeswölfe sind in den letzten Nummern des „Typograph“ bemittelt, sich lammfromm zu stellen. Bei der Stupidität, die aber immerhin im Gutenbergbunde, noch dessen vornehmstes Charakteristikum darstellt, ist es selbsterfindlich, daß dort die Verdrehungen und verleumderischen Äußerungen der Bundesleitung mit großem Beifalle entgegengenommen werden. Selbstredend muß jeder, der in eine Streifbrecherorganisation eintritt, wissen, daß er für diesen ausschließlichen Vereinszweck „kollegialisch“ und „solidarisch“ zu wirken hat, weshalb sich die Bundesleitung und

der zum Erbarmen hilflose Redakteur Stommel eigentlich gar keine Mühe zu geben brauchten, den beispiellos schandvollen Streifbruch bei der Firma Reismann-Grone in Essen erst noch zu entschuldigen und mit den üblichen Schwindeleien verbrämt den Prinzipalskassenmitgliedern im Gutenbergbunde zu servieren.

Wir sind ja an die Frechheiten und dummdreisten Annahmen jenes Gelichters gewöhnt, das unter dem heuchlerischen Vorgeben, auch für die Verbesserung der Gehilfenlage wirken zu wollen, sich als Zuhälter des Scharfmachertums in unserm Gewerbe profituiert. Aber in den deutschen Kollegentreifen tauchen immer wieder Zweifel auf, ob denn nicht schließlich doch mit einem Aufgehen des Bundes in den Verband zu rechnen wäre. Offen gestanden, wir haben früher auch einmal solchen Erwägungen Raum gegeben, aber die fortgesetzt und konsequent betriebene Streifbrecherei jener gewerblichen Spänen, und die Tatsache, daß verschiedenen Bundesführern es nur um die Sache zu tun ist, die sie am Verbands üben wollen, weil er Salunken kein Unterkommen gewährt, hat uns eines Besseren belehrt.

Und so, wie wir den Gutenbergbund und seine „Führer“ von allem Anfange an kennen lernen konnten, wie unzähligemale diese Auchtollen mit der Scham, die Hundes zu eigen sein pflegt, sich auf öffentlichem Markte an jeden und um jedes Entgelt veräußerten, so ist in diesen Tagen wieder der vollgültige Beweis dafür durch das Wettreiben der Bündler vor der Firma Reismann-Grone in Essen geliefert worden. Man ist ja an starken Tabak bei den Bündlern gewöhnt; man weiß, daß diesen Leuten Schmach und Schande auf Schritt und Tritt folgt, und daß der Haß gegen den Verband die Triebfeder zur Gründung des Bundes war, wie dieser infernalische Haß lieber sich selbst vernichtet als unbesriedigt bleibt — aber die streifbrecherischen Heldentaten der Bündler im Falle des „Berliner Lokalanzeiger“, wo wir glaubten, Erbärmlicheres könne eine Arbeiterorganisation nicht vollbringen, sind jetzt glanzvoll übertrumpft mit der Aufforderung der Bundesleitung zum Streifbruche, denn in ihrem Organe, dem „Typograph“, ist in Sperrdruck zu lesen:

... Wir können nur raten, daß alle konditionslosen oder veränderungswilligen Mitglieder des Bundes nach Essen gehen. Es wäre dies nur die Vergeltung für die vielen Salunkereien, welche der Verband durch Verdrängung unserer Mitglieder schon vollführt hat... Gehe ein jeder, der kann, nach Essen...

Bereits in Nr. 11 haben wir unter Rundschau den Ausruf des bündlerischen Bezirksvorsitzenden Schmidt gebracht, der seine Kollegen zum Streifbruche aufforderte, und jetzt kommt das Bundesorgane selbst und verlangt im Interesse einer „Arbeiterorganisation“, daß ihre Mitglieder bedingungslos sich in den Dienst jedes Scharfmachers zu stellen haben, der in seinem einseitigen, prozigen Herrendünkel den deutschen Arbeiter auf die Stufe eines chinesischen Kulis herabzubringen versucht. Infolge der notorischen Unfähigkeit, die Bundesorganisation mit ehrlichen und kollegialen Mitteln aufrecht erhalten zu können, muß man eben

sich mit den gemeinsten Handlungen behelfen, muß man an die niedrigsten Instinkte appellieren — und fühlt sich wohl, wenn die Hundepetische des Unternehmers den bündlerischen Knechten um die Ohren saust.

Daß diese Gesellschaft nicht darum verlegen ist, sich in der plumpsten und verächtlichsten Weise herauszulügen, sind wir ja bei den Bundesbrüdern gewöhnt. Man muß aber den Artikel „Wahrheit und Recht“ in Nr. 5 des „Typograph“ gelesen haben, um die grenzenlose Verwilderung und Verwahrlosung, um die schamlose Arbeitswilligkeit der Bundesführer in Reinkultur dargestellt zu sehen. Es fällt uns nicht im Schlafe ein (es wäre zu schade um den Raum des „Korr.“), Satz für Satz den gewalttätigen Verdrehungen des „Macht-groschenjungen“ zu folgen, der da im Schweiß seines Angesichtes die im Scharfmacherinteresse gelegene bündlerische Moral des prinzipiellen Streifbruches zu verteidigen hat, wir begnügen uns vielmehr damit, in Kürze festzustellen, wie der tatsächliche Verlauf der Dinge war.

Schon seit länger als Jahresfrist läßt Herr Dr. Reismann erkennen, daß Verbandsmitglieder ihm nichts weniger als angenehm seien, weil sie strenge Innehaltung der tariflichen Bestimmungen und — was allerdings den Bündlern böhmische Dörfer sind — eine menschenwürdige Behandlung forderten. Wir wollen und können nicht alle Inponderabilien untersuchen, welche mitgewirkt haben mögen, den Dr. Reismann mit unbeflegbarer Unmöslichkeit gegen den Verband zu erfüllen. Man geht aber in Verfolg der ganzen Angelegenheit nicht fehl, wenn man den Beamten der Firma die Hauptschuld an den Differenzen beimißt. Die Knechtlichkeit der dort beschäftigten Gutenbergbündler mag nicht zum wenigsten dazu beigetragen haben, bei den Faktoren und „Meistern“ (es gab solche erster, zweiter und dritter Klasse; Verbandsmitglieder konnten nie „Meister“ werden; siehe übrigens Nr. 9 des „Korr.“ unter Essen) das Gefühl zu erwecken, man würde den bei der Firma beschäftigten Gehilfen einen Gefallen erweisen, sie als Hunde zu behandeln. Namentlich ein Unteroffizier — pardon Unterfaktor mit dem biblischen Namen Jonas, verstand es vorzüglich, die Verbandsmitglieder zu provozieren. Verbandsmitgliedern wurde mit dem Raffinement Ballinscher Emigrantenausbeutung der Austritt aus dem Verbands nahegelegt und dafür sogar „Gratifikationen“ in der Höhe von jährlich 100 Mark versprochen und dieser Judaslohn tatsächlich auch in Einzelfällen bezahlt. Sämtliche Verbandsmitglieder standen unter dem Eindrucke, daß unter solchen Verhältnissen — o diese „Verhältnisse!“ — die Verbandsmitglieder allmählich „abgeschlachtet“ werden sollten, und suchten daher auf friedlichem Wege eine Verständigung mit der Firma herbeizuführen. Dazu lag um so mehr Veranlassung vor, als es sich bei unseren Kollegen meist um lange Jahre bei der Firma beschäftigte Gehilfen handelte. Orts- und Gau- und Zentralvorstand, Schiedsgericht und Tarifamt, alle Institutionen, die für eine friedliche Regelung dieser unleidlichen Verhältnisse in Betracht kamen, wurden mobilisiert und auch erreicht, daß Herr Dr. Reismann sein Ehrenwort gab, „daß kein Verbändler wegen seiner Verbandszugehörigkeit aus meiner

Druckerei entlassen oder in seinen Rechten und Bezügen herabgesetzt werden soll". Daraufhin gab der Vertrauensmann der Verbandsmitglieder ebenfalls sein Ehrenwort, "daß, so lange die Firma den Tarif für sich als bindend anerkennt und keine direkten noch indirekten Beeinflussungen der Verbandsmitglieder, aus dem Verbandsauszutreten, seitens der Firma oder deren Beamten vorgenommen werden, eine Massenkündigung nicht erfolgen wird". Zwei Tage nach dieser gegenseitigen ehrenwörtlichen Versicherung versuchte der Herr Jonas es aufs Neue, ein Verbandsmitglied zum Austritte aus dem Verbandsverbande zu bewegen. Auf erhobene Beschwerde bei der Firma lehnte es diese ab, in Zukunft einer derartigen Propaganda im Geschäft seitens ihrer Beamten wirksam entgegenzutreten, ebenso erklärte Herr Dr. Reismann, sein Ehrenwort verpflichtete ihn nicht, es auf die Handlungen seiner Beamten auszuweihen, was selbstverständlich einer offenen Kriegserklärung an den Verband gleichkam. Das Koalitionsrecht der Gehilfen in seiner ganzen allgemeinen Bedeutung kam jetzt in Frage, und mangels jeden weitem friedlichen Entgegenkommens seitens der Firma legten 54 Kollegen die Arbeit nieder. Trotzdem wurde nichts unversucht gelassen, auf dem Verhandlungswege doch noch zu einer billigen Verständigung zu gelangen. Das Schiedsgericht und unser Verbandsvorsitzender Döblin gaben sich die erdenklichste Mühe, wobei selbst der Prinzipalvertreter, Herr Otto-Krefeld, den Herrn Dr. Reismann darauf aufmerksam machte, "daß, nachdem Herr Reismann die ehrenwörtliche Versicherung abgegeben, daß gegen Verbandsmitglieder nichts mehr unternommen werden sollte, es seine Pflicht gewesen wäre, seine Beamten dahin zu instruieren, daß auch diese in diesem Sinne zu handeln hätten".

Aber alles war vergebens. Herr Reismann wollte nun einmal zeigen, daß Angehörige selbständiger Arbeiterorganisationen von ihm nicht beschäftigt werden, und Gehilfen, die 32, 28, 26, 20, 19, 15, 13 und 10 Jahre in diesem Betriebe ihre Knochen zu Markte getragen, mußten den streitbrecherischen Gutenbergbündlern Platz machen, bis schließlich einmal der Dank vom Hause Habsburg und der Rachen des Jonas auch sie verzachtungsvoll ausspit. "Gehe also ein jeder, der kann, nach Essen", schreibt der "Typograph" resp. seine charakterlosen Soldschreiber, und demonstrierte dort der rheinisch-westfälischen Arbeiterchaft, bis zu welchem Grade der Gefinnungslumperei ein bündlerischer Buchdrucker sich zu versteigen vermag.

Wenn das Schandblatt "Typograph" seinen Lesern Glauben machen will, daß unsere Kollegen in Essen beabsichtigt hätten, die Bündler aus der Druckerei zu entfernen, so ist das natürlich purer Schwindel, wie immer bei diesen Wurschen. Bei der Beendigung des Ausstandes in Koburg waren es gerade die verbändlerischen Unterhändler, die energisch die Wiedereinstellung der Gutenbergbündler verlangten, um für dieses selbstlose Eintreten für die Gutenbergbündler von ihnen die Quittung in Essen ausgestellt zu erhalten. Psui Teufel!

Glücklicherweise ist das schamlose Gebaren der Bündler im deutschen Buchdruckgewerbe allgemein bekannt und allgemein bekannt ist auch, daß nur die sozial rückständigsten Unternehmer, daß nur ein gewisses, glücklicherweise immer mehr schwindendes buchdruckerliches Prozentum sich solcher traurigen Gesellen, wie es die Bündler sind, bedient, zum Schaden dieser Prinzipale selbst.

In derselben Nummer, in welcher der "Typograph" seine Essener Heldentaten vergeblich zu beschönigen sucht, verteidigt er auch die "Leipziger Volkszeitung" in ihren Angriffen auf Reichhäuser. Nicht weniger als zwei Spalten werden aus dem Leipziger Parteiorgane im "Typograph" abgedruckt, darunter auch ein völlig entstellter Bericht über unsere letzte Leipziger Mitgliederversammlung, und mit zustimmenden Bemerkungen des Arbeitswilligenorgans begleitet. Das hat die "Leipziger Volkszeitung" entschieden nicht verdient, so viel sie auch an uns gesündigt hat. Unsere

Kollegen können sich aber erneut ein Bild machen von einem Blatte und einer Vereinigung, die es verstehen, dem Organe der rheinisch-westfälischen Scharmacher Streikbrecher zu liefern und gleichzeitig sich auf den Standpunkt der "Leipziger Volkszeitung" zu stellen. Für jeden denkenden Buchdruckergehilfen hat ja der Gutenbergbund schon immer an dem gewerblichen Schandpfahle gestanden — und daß er mit Recht darin gebürt, darüber werden auch die Meinungen der Nichtverbändler immer einiger, deshalb auch das Wachstum des Verbandes und der rettungslose Gliederchwund bei der ausfägigen Arbeitswilligenkolonne.

Auf die gemeinen Verdächtigungen in Nr. 5 des "Typograph" erhalten wir vom Verbandsvorsitzenden Döblin folgende Erklärung:

In Nr. 5 des "Typograph" sind zwei Artikel enthalten, welche sich mit den Konflikten in der Druckerei des Dr. Reismann-Grone in Essen und in der Diehschen Hofbuchdruckerei in Koburg beschäftigen. Beide Artikel haben augenscheinlich den Zweck, das Verhalten der Gutenbergbündler im Essener Konflikte zu rechtfertigen, was natürlich nur dadurch möglich ist, daß die Wahrheit in ihr Gegenteil verkehrt wird. Um die Essener Heldentat zu beschönigen, schwindeln die Artikelschreiber ihren gläubigen Lesern vor, der Verbandsvorsitzende Döblin habe dem Prinzipale in Koburg versprochen, die nötigen Streikbrecher ihm zu liefern. Wahr ist, daß der Faktor der Diehschen Hofbuchdruckerei bei Unterzeichnetem war und ihm erklärte, die Firma wolle den Tarif schriftlich anerkennen und nur Verbandsmitglieder beschäftigen; die Einstellung derselben könne sofort erfolgen. Ich habe die Zusage von Kräften abgelehnt und erklärt, ein Mitglied des in Betracht kommenden Gauverbandes werde sich erst über die Verhältnisse informieren und eventuell vermitteln. Der beauftragte Kollege hat denn auch in dem Sinne vermittelt, daß die streikenden Gutenbergbündler wieder ihre Plätze einnahmen. Daß die Firma lieber Verbandsmitglieder einstellen wollte, ist Tatsache. Dem Verbandsvorsitzenden war es jedoch zu schuldig, bei einer Solidaritätsbekundung seiner Gegner — einem so seltenen Ereignis bei den Bündlern — sein Gebiet zu erweitern. Daß der "Typograph" bemüht ist, durch allerlei Klatsch über die in Koburg stattgefundenen Verhandlungen das torrende Verhalten des Verbandes als Mitgliederfang desselben darzustellen, ist verständlich, da er das klägliche Verhalten des Bundes in Essen zu verteidigen gezwungen ist. Aller Nebenbachtigkeiten entledigt liegt die Sache also folgendermaßen: In Koburg haben die streikenden Gutenbergbündler durch Vermittelung eines Verbandsfunktionärs ihre Stellen wieder eingenommen und in Essen, wo die Verbändler durch Anerbietungen von Geld und sonstigen Vorteilen aus der Organisation gezogen werden sollten und sich dagegen wehren, ziehen die Bündler auf Anforderung ihres Organs ein und brüsten sich mit ihrem Solidaritätsbrüche. Das genügt zur Kennzeichnung der im Bunde herrschenden Geister!

E. Döblin.

Vom Verbandsinteresse.

So lautet ein Artikel des Kollegen K.-J. in Nr. 10, in welchem derselbe über das Nichthalten des offiziellen Verbandsorgans, welches wohl namentlich auf Berliner Verhältnisse zutreffen soll, einige abfällige Bemerkungen macht. Er führt dort an, daß in der Offizinsabteilung, wo er gegenwärtig beschäftigt ist, von dreißig Kollegen nur acht das Verbandsorgan halten. Schreiber dieser Zeilen kann mit einem ähnlichen Resultate dienen.

In, woran liegt es denn nun, daß dem "Korr." so viele Kollegen antipathisch gegenüber stehen? Einzig und allein an der Redaktion selbst. Die verschiedenen Vereinsversammlungen in vergangenen Jahre, die sich mit der "Korr."-Redaktion beschäftigten, haben doch klar und deutlich gezeigt, daß die Berliner Kollegenchaft mit der Schreibweise derselben höchst unzufrieden ist. Waren es damals gewerkschaftliche Zerwürfnisse zwischen Berlin und der "Korr."-Redaktion, sind es heute die fortwährenden Anrempelungen der politischen Partei durch die letztere, die die Berliner Kollegenchaft dem "Korr." so antipathisch gegenüber machten. Anlässlich der letzten Demonstrationsversammlung gegen das Dreiklassenwahlrecht sah sich die sozialdemokratische Parteipresse wiederum gezwungen, die Schreibweise des "Korr." resp. des Kollegen Reichhäuser einer unliebsamen Kritik zu unterziehen. Es ist meines Erachtens eines Organs einer freien Gewerkschaft unwürdig, fortwährend Anstoß bei der politischen Partei zu erregen, und somit den Mitgliedern die Partei zu verfehlen. Hat doch Kollege Döblin am 22. Oktober v. J. in der Mitgliederversammlung in Hamburg selbst den Wunsch ausgesprochen, daß sich die Kollegen politisch betätigen. Und welcher politischen Partei kann ein Klassenbewußter freier Gewerkschaftler seine Tätigkeit widmen? Nur einzig und allein der Sozialdemokratie. Wohl bestehen hiebei wie drüben Meinungsverschiedenheiten in gewissen Punkten, die aber jederzeit auf andre Art als die von der "Korr."-Redaktion eingeschlagene sich regeln lassen. Möge die "Korr."-Redaktion dies endlich einsehen, und Kollege K.-J. wird sich nicht mehr über die Beschränktheit gegenüber dem "Korr." zu beklagen haben.

R. A.

Gewerkschaftliches aus Großbritannien.

Die Würfel sind gefallen! Das alte Regiment einer konservativen Regierung fiel in sich zusammen; heißer Kampf brannte zwischen den beiden tonangebenden Parteien des Landes, den Unionisten und den Liberalen. Doch zusehend neigte sich der Sieg über zu den letzteren und ihren Verbündeten, der Arbeiterpartei. Selbstverständlich bedeutete dieser ungeheure Wahlkampf eine gute Einnahme für das graphische Gewerbe und ist auch infolge dessen die Anzahl der Konditionslosen der Londoner Seegeresellschaft zurzeit eine niedrige. Man rechnet, daß etwa 5000000 Broschüren, Zirkulare und Pamphlets für Wahlzwecke Gebrauch fanden, außerdem kann man noch über 1000000 politische Plakate mit in Betracht ziehen. Endlich, endlich wachte das stolze Albion auf von seinem Dauerschlaf! Zehn Jahre hatte man mit größter Lustigkeit dieser das Land ruinierenden Mißwirtschaft der Walfour und Genossen zugehört, bis auch diese Herrlichkeit ein Ende hatte. Der südafrikanische Krieg mit der darauffolgenden Chinesenarbeit und dann die weitverbreitete Mißstimmung über die Art, wie das der anglikanischen Kirche günstige Unterrichtsgesetz von einem bedeutenden Teile, namentlich dem hochkirchlichen Klerus, zu konfessionellen Zwecken ausbeutet werden soll und endlich die Riesensummen, welche durch die Gleichgültigkeit und Schiebungen einzelner Personen im Laufe des Krieges vergeudet wurden, waren Punkte, die sich zu tief in das Gedächtnis des Volkes eingegraben haben. Tag für Tag wurde die Vernichtung der Konservativen größer. Wie ihr Führer Walfour, der von einem Liberalen mit großer Mehrheit geschlagen wurde, sind die meisten Minister des letzten Kabinetes beim Wahlkampfe kläglich hineingefallen. Eine Ausnahme machen Chamberlain und Sohn, denn beide wurden mit großer Stimmenmehrheit wieder gewählt. Die Beteiligung an den Abstimmungen war überaus hoch und betrug 76 Proz. der Wählerchaft. Seit den Tagen der Reformakte hat das Land nicht so intensives Interesse an dem Wahlkampfe bewiesen. Das englische Proletariat ist erwacht und hat die dominierende Organisation der Arbeiter überall Erstarken erregt. Das Proletariat wird als neuer Faktor im politischen Leben Englands definitiv anerkannt! Überall, wo es eigene Kandidaten aufstellte, wurden dieselben meistens mit überwältigender Mehrheit gewählt, während die Arbeiterpartei in den anderen Wahlkreisen die Liberalen mit glänzender Disziplin unterstützte. Besondere Beachtung verdient in dieser Hinsicht die Wahl in Newcastle-on-Tyne, wo ein Vertreter der Arbeiterpartei mit 18600 und ein Liberaler mit 18423 Stimmen gewählt wurden, dagegen die beiden Konservativen nur 11942 und 11223 Stimmen erhielten. Die große Koalition war bisher im Unterhause durch zwei konservative Vertreter, die noch im Jahre 1900 mit größter Leichtigkeit über ihre liberalen Gegner den Sieg davontrugen. Sind die Repräsentanten der arbeitenden Klasse auch noch wenig im Vergleiche zu der Gesamtsumme von 670 Abgeordneten (es wurden 52 Arbeitervertreter gewählt), so ist doch der Anfang gemacht, und hoffentlich werden nach der nächsten Wahl nicht weniger als 200 nach Westminster wandern. Die Wahl dieser 52 Abgeordneten wurde durch die Abgabe von etwa 400000 Stimmen erreicht. Wenn wir zu diesen die Stimmen derjenigen rechnen, welche die liberalen Kandidaten unterstützten, so wird die Kraft dieser sich so plötzlich entwickelten Arbeiterpartei zur Genüge erweisen. Vielleicht wäre der über große Erfolg der liberalen Partei noch recht zweifelhaft gewesen, wenn das Proletariat nicht zu ihrem Siege beigetragen hätte. Doch was ist das Geheimnis dieses plötzlichen Erwachens vom Schlafe, dieses plötzlichen Aufschwunges der Arbeiterpartei? Es ist die direkte Folge der Gewerkschaftsbewegungen. Jede Gewerkschaft von Wichtigkeit hat sich entweder dem Arbeitervertretungskomitee untergeordnet, welches die politischen Wahlkämpfe führt, oder hat ihren eigenen politischen Wahlfonds. Die für den gemeinschaftlichen Wahlkampf vereinigten Gewerkschaften haben einen Mitgliederbestand von 900000, die Independent Labour Party zählt 160000 und die Fabian Society etwa 900 Mitglieder. Jede dieser Gewerkschaften gibt an das Hauptkomitee jährlich 30 Schilling pro 1000 Mitglieder zu den laufenden Ausgaben ab und 1 Pence pro Mitglied für den parlamentarischen Fonds. Dies repräsentiert ein Eintommen von beinahe 5200 Pfund Sterling (104000 Mk.) pro Jahr. Von diesem Gelde gewährt das Komitee jedem Kandidaten eine gewisse Summe als Unterstützung zum Wahlkampfe, und wenn erfolgreich 200 Pfund Sterling (4000 Mk.) als Jahreseinkommen. Dieses ist erst ein kleiner Teil von den Fonds und der Kraft der Arbeiterpartei. Jede der Gewerkschaften, die ihre eigenen Kandidaten aufstellt — wie auch die Londoner Seegeresellschaft, welche ihren Sekretär Waterman erfolgreich aufgestellt hatte — garantiert für dessen Leben während der Wahl sowie für Salär, wenn in das Parlament gewählt. Bedeckt werden diese Unkosten durch eine jährliche Steuer von 1 Schilling pro Mitglied, und da 2250000 Gewerkschaftler in Betracht kommen, repräsentiert dies eine Summe von 112000 Pfund Sterling (2240000 Mk.) pro Jahr. Aber noch sind diese Hilfsmittel nicht erschöpft. Die Cooperative Societies haben eine Mitgliederzahl von über 2000000. Wenn diese sich auch nicht dem Arbeitervertretungskomitee unterordnen, so stimmen doch die meisten von ihnen für den Arbeiterkandidaten. Sollten sie sich aber entschließen, ihre eigenen Kandidaten aufzustellen oder Hand in Hand mit den Gewerkschaften zu gehen, so könnte mit Leichtigkeit noch ein

weitere Summe von 25000 Pfund Sterling (500000 Mk.) für politische Zwecke aufgebracht werden. Dies ist das Resultat von nur kleinen Subskriptionen; doch ohne große Anstrengungen ist es den Vereinigungen und Gewerkschaften möglich, diese Summen zu verdoppeln. Schon die Gewerkschaften allein könnten mit Leichtigkeit 250 Parlamentsvertreter erhalten. Welche andre Partei wäre wohl in der Lage, sich mit den zur Verfügung stehenden Mitteln der arbeitenden Klasse zu vergleichen? Viel Jertum scheint hierzulande noch über die Bestrebungen dieser neuen politischen Kraft zu bestehen. Die diversen Kandidaten wurden in den verschiedenen Gewerkschaften durch Stimmzettel gewählt, jedoch hatten dieselben vor Eintritt ihrer Kandidatur sich schriftlich mit folgendem Passus einverstanden zu erklären: Eine selbstständige Gruppe in dem neuen Parlamente zu bilden mit eignen Führern und eigener Politik betreffs Arbeiterfragen, sich nicht für die Interessen irgend einer Sektion der Liberalen oder Konserverativen Partei zu bekennen oder dieselben zu fördern. Wurns, der neue Minister für Handel und Gewerbe, Bell, der Vertreter der Eisenbahnarbeiter, und noch einige haben diesen Passus in ihrer Eigenschaft als Liberal-Vertreter nicht unterzeichnet. Jedenfalls — oder sagen wir lieber hoffentlich — werden diese Repräsentanten der arbeitenden Klasse ihren Verpflichtungen besser nachkommen als wie die Vertreter irgend einer andern Partei, denn die Arbeiter sind doch in gewissem Sinne ihre Brötherren. Von dem bereits aufgestellten Programme der neuen Partei könnte man folgende Punkte als die wichtigsten bezeichnen, nämlich:

1. Antrag auf Verbesserung des Arbeitslosgesetzes.
2. Pension für arme, alte und arbeitsunfähige Arbeiter.
3. Protektion über die Fonds der Gewerkschaften, um Fälle wie den der Taff-Wale-Railway Co. für die Zukunft unmöglich zu machen.
4. Das Recht, Streikposten zu stellen.

London. H. Sch.

Korrespondenzen.

St. Augsburg. Am 20. Januar hielt der Ortsverein seine Ordentliche Generalversammlung ab. Der Vertrauensmann Wipfler erstattete ausführlichen Bericht über die wichtigsten Vorkommnisse im vergangenen Jahre. Besonders zu erwähnen dürfte sein, daß die tariflichen Verhältnisse am hiesigen Orte während des Jahres gute zu nennen gewesen sind, wenn auch in einigen Druckereien Verstöße gegen den Tarif vorkamen, so konnten dieselben wieder auf gutlichem Wege erledigt werden. Die Mitgliederzahl ist von 224 im Jahre 1904 auf 262 am Schlusse des Jahres 1905 angewachsen. Nichtmitglieder stehen am Orte 16 gegen 30 im Vorjahre. Das Ortsvereinsvermögen betrug am 31. Dezember 1905 6035,54 Mk. Ebenso durfte sich der paritätische Arbeitsnachweis einer guten Frequenz erfreuen. Die abgehaltenen Versammlungen wurden von den Mitgliedern im allgemeinen gut besucht. In diesen Bericht schloß sich der der Gewerkschaftsbelegierten an, denselben erstattete Kollege Hägele in ausführlichster Weise und zur größten Zufriedenheit der Versammlung. Bei dieser Gelegenheit kam Redner auch auf die Errichtung eines Arbeitersekretariates am hiesigen Orte zu sprechen. Die Versammlung stimmte dieser Gründung unter Annahme einer Resolution zu, in welcher ausgedrückt ist, daß die Unterstützung desselben von sämtlichen am Orte befindlichen Gewerkschaften obligatorisch sein müsse und als Beitrag 10 Pf. pro Mitglied und Monat erhoben wird. Unter „Vereinsmitteilungen“ kam der Vorsitzende noch auf die Mißstände in unserer Herberge für die durchreisenden Kollegen zu sprechen. Diesen wird dadurch Wohlfele geschafft, daß dieselbe in die Gastwirtschaft „Zum blauen Bod“ (Stephansplatz) verlegt wird.

Witburg (Bezirk Eriev). Auf Anregung der am 21. Januar in Eriev abgehaltenen Bezirksversammlung sollte hier in dem abgelegenen Eifelstädtchen (genannt das Schmerzkind) eine Allgemeine Buchdrucker-Versammlung stattfinden. Zu derselben hatten auch Einladung erhalten der Buchdruckereibesitzer Schütz und dessen Geschäftsführer (ein früheres Verbandsmitglied), aber der gute Wille, hier etwas zu erwirken, wurde vereitelt durch die ablehnende Haltung der Prinzipalität und des Herrn Geschäftsführers. Diese haben auf Einladung des Bezirksvorstandes dem Personale zu verstehen gegeben, daß dieses Unternehmen hier am Orte nicht nötig sei. Also die Versammlung konnte nicht stattfinden, weil sogar zwei Verbandsmitglieder unter einem nicht näher anzuführenden Grunde nicht erschienen. Geheiß muß man das Verhalten dieser beiden Mitglieder, daß sie so wenig Interesse zeigen, wenn es gilt, für bessere Verhältnisse einzutreten. Um aber nicht ganz resultatlos hier gewesen zu sein, haben sich unsere Verbandsfunktionäre des Bezirksvereins Eriev, die Kollegen Herrig und Felbberg, in das Kontor des Herrn Schütz begeben. Das ablehnende Resultat, welches diese Verhandlung zeitigte, ist deshalb ein abfälliges geworden, weil die Prinzipalität anscheinend die Versicherung hatte, daß die zwei nicht erschienenen Mitglieder und die Nichtmitglieder die Bemühungen des Bezirksvorstandes nicht unterstützen. Wedauerlich ist nur, daß bei dieser Angelegenheit zwei unserer Mitglieder, nur wegen ihrer Tätigkeit zur Einleitung dieser Versammlung als „Wähler“ mit dem „Sack“ behaftet wurden, und doch hat der Bezirksvorstand in seinem Schreiben an die Prinzipalität nichts weiter als die Anerkennung des Tarifes erwirken wollen. Vielleicht wird der gute

Mann später noch einmal zur Einsicht kommen, daß man Verbandsmitglieder aus solchen Gründen nicht auf die Landstraße jekt.

Chemnitz. Am 24. Januar hielt der hiesige Maschinenmeisterverein seine Generalversammlung ab. Der Vorsitzende Markert erstattete den Jahresbericht, woraus zu entnehmen, daß im Berichtsjahre mehrere Vorträge gehalten wurden, und zwar vom Kollegen Stein über „Buchbinderischen Farbenbrud“, vom Kollegen Schmidt über „Die Technik im illustrierten Katalogbrude“, von Herrn D. Pester-Weipzig über „Chemisch-technische Analyse unsrer Arbeitsmittel“. In einer am 22. Juli in Zwickau einberufenen Oeffentlichen Maschinenmeisterversammlung referierte Kollege Sesselbarth-Weipzig über Zweck und Ziele der Maschinenmeistervereine. An derselben nahmen 17 Chemnitzer Mitglieder teil. Am Vorabend dieser Versammlung wurde die Papierfabrik in Krossen besichtigt. An dieser Stelle sei der Geschäftsleitung der Fabrik für die freundliche Aufnahme noch besonders gedankt. Die Mitgliederzahl beträgt 37. Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl des Vorsitzenden Markert und des Kassierers Böhlich.

Darmstadt. Nachdem die am 21. Januar hier im „Perleo“ abgehaltene, von 73 Kollegen besuchte Versammlung acht Neuaufnahmen vollzogen, beschäftigte sie sich mit der Frage der Ueberweisung unsrer Bibliothek an die Gewerkschaften zum Zwecke einer gemeinsamen Gewerkschaftsbibliothek. Die übrigen Gewerkschaften haben sich mit dem Plane bereits einverstanden erklärt, es liegt die Entscheidung nur noch bei uns Buchdruckern, und da wir die größte, sozusagen einzig in Betracht kommende Bibliothek hier am Plage haben, ist die Entscheidung nicht so leicht. Es wurden auch verschiedene Bedenken dagegen vorgebracht, jedoch sprachen die meisten Redner für eine Verschmelzung, da auch dadurch ein Stück Kulturarbeit im kleinen von uns verrichtet würde. Folgender Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen: „Die Versammlung erklärt sich im Prinzip mit der Verschmelzung der Bibliotheken einverstanden, erwartet aber, daß dem Bezirksvereine keine zu großen Kosten entstehen. Selbstverständlich müssen die übrigen Gewerkschaften auch zum Ausbaue der zu gründenden Gewerkschaftsbibliothek ihren Beitrag leisten. Knoblauch“. Sodann wurden für die ausgesperrten Steinarbeiter 40 Mk. aus der Bezirkskasse bewilligt. Da der Arbeitsnachweisverwalter sein Amt niedergelegt, wurde der Kollege Bernhard Wigmann, Schloßgartenstraße 71, III, gewählt unter Vorbehalt der spätern Genehmigung einer Allgemeinen Versammlung. Der Antrag: „Die heutige Versammlung wolle beschließen, den Vorstand zu beauftragen, am zweiten und vierten Samstag im Monate Buchdrucker-Versammlungen nicht einzuberufen. J. G. Göb“, wurde gegen zwei Stimmen abgelehnt. In diesen Tagen finden die Parteiversammlungen statt, jedoch ist es der Lokalfrage wegen nicht möglich, hierauf Rücksicht zu nehmen. Unter „Tarifliches“ wurde das Gebären einer hiesigen großen Druckerei, speziell das des Herrn Faktors derselben, scharf kritisiert, da jedoch für eine gründliche Aussprache die Zeit zu weit vorgegriffen, wurde dieser Punkt einer speziell zu diesem Zwecke einzuberufenden Versammlung überwiesen, um auch hier einmal Remedeur zu schaffen. Da diese Sache weittragende Folgen haben kann, werden alle Kollegen zu dieser Versammlung eingeladen und wird wohl niemand veräumen zu kommen, denn: Einigkeit macht stark!

O.-L. Feuerbach. (Jahresbericht.) Das verfloßene Vereinsjahr war für unsre Mitgliedschaft ein gutes. Die Geschäfte der Mitgliedschaft wurden in vier Ordentlichen und einer Außerordentlichen Versammlung erledigt. In letzterer erstattete Gauvorsteher Flohr Bericht über die Dresdener Generalversammlung. Der Versammlungsbesuch war durchschnittlich ein befriedigender. Die Zahl der Mitglieder ist im abgelaufenen Jahre von 22 auf 27 gestiegen und sind sämtliche hier konditionierenden Gehilfen Mitglieder des Verbandes. In der am 13. Januar abgehaltenen Generalversammlung wurde als Vorsitzender A. Trauerend wieder, als Vertrauensmann A. Weischedel neu gewählt.

H. Freiberg i. S. Die Generalversammlung des hiesigen Ortsvereins wurde am 20. Januar abgehalten. Nach Eröffnung der leider sehr schwach besuchten Versammlung erstattete der Vorsitzende den Bericht vom verfloßenen Vereinsjahre. Aus demselben geht folgendes hervor: Das verfloßene Vereinsjahr ist im allgemeinen als ein ruhiges zu bezeichnen. Des weitern kam der Anschließ an das hiesige Gewerkschaftsstellart zustande. Die obligatorische Einführung des „Korr.“ (pro Mitglied ein Exemplar) belastete nicht unerheblich die Ortstasse. Der Versammlungsbesuch ließ stets zu wünschen übrig. Großes Interesse wurde der Eingabe an die Behörden betreffs Vergebung von Druckaufträgen an tarifreue Firmen entgegengebracht, zum großen Teile jedoch zeitigte dieselbe ein negatives Resultat. Die Freiburger Stadtväter konnten sich eben mit diesem sozialpolitischen Fortschritte noch nicht befrenden. Nur der Krankenkassenvorstand, worin die Arbeitnehmer die Mehrheit haben, gab unsrer Petition statt. Im übrigen waren auf tariflichem Gebiete keine nennenswerten Arbeiten zu erledigen. Die Kassenverhältnisse wurden von den Revisoren in bester Ordnung gefunden und wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung zuteil. Die im Laufe des Jahres verstorbenen Kollegen wurden durch Erheben von den Plänen geehrt. Am Schlusse seines Berichtes richtete der Vorsitzende die Bitte an die Mitglieder, die Einigkeit jederzeit hochzuhalten, um für die Aufgaben, welche unser im kommenden Jahre harren, gerüstet zu sein. Die übrigen Punkte der Tagesordnung waren interner Natur.

Königsberg i. Pr. (Maschinenmeisterklub.) Am 14. Januar hielt der hiesige Maschinenmeisterklub seine Ordentliche Generalversammlung ab. Aus dem Jahresberichte ist zu entnehmen, daß die Tätigkeit des Klubs eine zufriedenstellende war, nur ließ der Versammlungsbesuch viel zu wünschen übrig. Des bevorstehenden Maschinenmeisterkongresses und der Tarifrevision wegen sprach der Vorsitzende den Wunsch aus, daß die Kollegen sich in diesem Jahre etwas reger an den Versammlungen beteiligen möchten, denn nur durch gemeinsames Zusammenarbeiten könne einer ganzen Sache gebient werden. Im Monate November unternahm der Vorsitzende eine Agitationsreise nach Lititz und Insterburg zwecks Gründung eines Vereins in genannten Städten oder Angliederung an den Königsberger Maschinenmeisterklub. Letzteres ist geschehen und aus diesem Grunde wurde laut Beschluß der Generalversammlung der Titel des Klubs umgeändert und lautet von jetzt ab: Maschinenmeisterklub für Ostpreußen (Sitz Königsberg i. Pr.). Da sich die Mitgliederzahl am Orte im letzten Quartale um einige vermehrt hat, beträgt die Gesamtmitgliederzahl 38, davon 27 am Orte, 4 in Insterburg und 7 in Lititz. Am Ende des Jahres veranstaltete der Klub einen Kursus im Ausschneitemachen, welcher auch im neuen Jahre fortgesetzt wird. Die Kassenverhältnisse sind einigermaßen günstige zu nennen. Der alte Vorstand wurde per Affirmation wieder gewählt. Unter „Offene Fragen“ wurden noch verschiedene interne Angelegenheiten erledigt.

Lübeck. Die anfangs Dezember abgehaltene Monatsversammlung beschloß, die Mitglieder des Jnnungsgeshilfenausschusses zu ersuchen, bei der Jnnung um eine Steuerzuschulage einzukommen, wie das auch anderwärts vorgekommen sei. Es ging denselben folgende Antwort zu: „Ihrem Ersuchen vom 7. d. M. entsprechend ist der Antrag des Gehilfenausschusses wegen Gewährung einer Steuerzuschulage der Jnnungsversammlung am 13. d. M. vorgelegt worden. Die Versammlung beschloß jedoch mit Rücksicht darauf: 1. daß sich die Jnnungsmittglieder nur zur Unerkennung und Innehaltung des Tarifes verpflichtet haben, 2. daß eine Steuerzuschulage mit einer Erhöhung der Grundpositionen des Tarifes gleichbedeutend sein würde, 3. daß eine allgemeine Steuerzuschulage weder aus zeitlichen, örtlichen, noch geschäftlichen Gründen zu rechtfertigen wäre, dem Antrage keine Folge zu geben. Achtungsvoll: Der Vorstand der Jnnung der Buchdruckereibesitzer.“ Während die Jnnung als solche eine Steuerzuschulage ablehnte, gewährte die Druckerei Rahtgens ihren Angestellten eine Lohnzulage von 1 Mk. pro Woche. Die Colemanische Druckerei bewilligte schon im Oktober ihren verheirateten Reuten Lohnerhöhungen von 30 bzw. 20 Pf. und noch mehr. Ferner bereitet der Jahrbuch der letztgenannten Druckerei schon seit Jahren seinen verheirateten Angestellten durch Verteilung von Weihnachtsgeschenken eine Festfreude, wobei auch die erst kurze Zeit beschäftigten Kollegen berücksichtigt werden.

B. Lüneburg. Die Generalversammlung unsers Ortsvereins wurde am 27. Januar abgehalten. Anwesend waren nur 25 Mitglieder. Der Vorsitzende Sasse erwähnte in seinem Jahresberichte u. a. den schlechten Versammlungsbesuch, fünf Mitglieder haben sich das ganze Jahr nicht bliden lassen. Bezüglich der Agitation am Orte, wo wir noch vier bis sechs Nichtmitglieder haben, scheiterten bis jetzt alle Versuche, dieselben dem Verbandsbeizuführen, dagegen hat die Mitgliederzahl im Bezirke zugenommen. Die Vorschläge zur Wahl des Bezirksvorstandes resp. des Ortsvereins zeitigen einstimmig die amtierenden Personen. Nach Bewilligungen für die Bibliothek wurde unter „Sonstiges“ u. a. beschloffen, in diesem Jahre in Lüneburg ein Bezirksjohannisfest zu feiern und einen diesbezüglichen Antrag der am 25. Februar hier abzuhaltenden Bezirksversammlung zu unterbreiten.

Potsdam. Am 15. Januar fand unsre erste Ordentliche Monatsversammlung statt. Kollege Wesenberg dankte für das ihm geschenkte Vertrauen und ersuchte die Kollegen, ihn in jeder Weise zu unterstützen, durch sachliche und ruhige Debatten die Versammlungen zu dem zu gestalten, was sie sein sollen, nämlich: Stätten für die Belehrung und Förderung der Kollegialität! Nach Aufnahme von neun Kollegen, die zum Teile in den neu-gewonnenen Druckereien konditionieren, erstattete der bisherige Vorsitzende den Jahresbericht. Zunächst gedachte er der beiden Kollegen, die uns im besten Alter durch den Tod entziffen wurden: Richard Friedrich (25 Jahre) und Josef Klar (29 Jahre). Es besuchten 46 Kollegen regelmäßig die Versammlungen, drei Kollegen besuchten eine und ebenfalls drei keine Versammlungen. Hierbei wurde konstatiert, daß es genau dieselben Kollegen sind, welche schon jahrelang die Versammlungen schwängen. 29 Kollegen hatten sich im Berichtsjahre zur Aufnahme gemeldet, 24 wurden berichtigtigt. In tariflicher Beziehung haben wir einen Fortschritt zu verzeichnen. Es haben die Druckereien „Potsdamer Zeitung“ und Edmund Stein den Tarif anerkannt. Sache der dort stehenden Kollegen wird es sein, den Tarif auch zur Geltung zu bringen. Mitgliederstand am Jahreschlusse 200 gegen 185 im Vorjahre. Allgemein wurde über den schlechten Versammlungsbesuch geklagt, es waren nur 60 Kollegen anwesend. Um den Versammlungsbesuch zu heben, sollen in den nächsten Versammlungen tarifliche oder wissenschaftliche Vorträge gehalten werden. Nach Ueberweisung von 25 Mk. an den Kassenfonds und Erledigung lokaler Angelegenheiten Schluß der Versammlung.

B.-R. Solingen. Seine Generalversammlung hielt der hiesige Ortsverein am 20. Januar ab, die sich eines guten Besuches zu erfreuen hatte. Ein umfangreiches Bild gab der Vorsitzende Finkel über die Tätig-

Zeit des Ortsvereins im vergangenen Jahre. Die Vereinsgeschäfte wurden in zwölf Versammlungen erledigt, welche durchweg gut besucht waren. Die tariflichen Verhältnisse können auch als gute bezeichnet werden, haben doch sämtliche Firmen den Tarif anerkannt. Für die Tarifgemeinschaft gewonnen wurden die Firmen Buschhaus & Schönenberg, Wachendorf & Meßger, Michaharj sen. und Fremten. Dieser Erfolg dürfte wohl hauptsächlich auf das mehrmalige Vorstellwerden unsers Vorsitzenden in Gemeinschaft mit Gauverwalter Müller-Eisen zurückzuführen sein. Eine Beschränkung über die Firma H. Grobhen wurde, weil tariflicher Natur, dem Kreisamte übergeben, welches dieselbe zu unsrer Zufriedenheit erledigte. Nennenswerte Konflikte waren nicht zu verzeichnen. Eingaben an die Stadtverordnetenkollegien in Solingen und Gräfrath betreffs Vergütung von Drucksachen an tariffreie Firmen wurden gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Eingaben um Feringenermäßigung an die hiesigen Firmen hatten insofern Erfolg, als den Kollegen der Druckerei B. Boll, Alb. Pfeiffer, Genossenschaftsbuchdruckerei, Höllmann & Peters und Stöffgeshoff drei bzw. vier Tage Ferien gewährt wurden. Zwecks Bewilligung einer Feuerungszulage wandte sich der Ortsverein ebenfalls per Zirkular an die hiesigen Druckereien. In zustimmendem Sinne äußerten sich die Firmen Wachendorf & Meßger und Höllmann & Peters, welche den dort beschäftigten Kollegen eine dauernde Zulage von 2 Mk. bzw. 1,50 Mk. gewährten. Die Firmen B. Boll, Alb. Pfeiffer und Genossenschaftsbuchdruckerei (Verlag der „Vergifteten Arbeiterstimme“) lehnten jedoch das Gesuch ab, u. a. auf die bevorstehende Tarifrevision hinweisend. Die beiden ersten Firmen sowie die Firma Jakob Müller gewährten ihrem Personale eine Weihnachtsgroßzahlung von 5 bzw. 10 Mk. Der „Korr.“ ist obligatorisch eingeführt und erhält jeder Kollege ein Exemplar. Mitgliederstand Ende 1904: 65, Ende 1905: 90. Die Gesamtzahl der hier beschäftigten Gehilfen beträgt 105, die Gesamtzahl der Lehrlinge 21. Unsere Beziehungen zu den hiesigen organisierten Arbeitern können als gute bezeichnet werden. Kollege Ernst Finkel wurde als erster Vorsitzender und Kollege Herrn. Papst als Kassierer gewählt. Mit einem Appelle an die Kollegen, durch geselligen Verkehr und festen Zusammenhalt im neuen Jahre dafür zu sorgen, daß der Verein nach innen ebenso gefestigt werde, wie er jetzt nach außen hin dasteht, um so jeden Eventualitäten gewappnet gegenüberzustehen, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Stuttgart. In der am 27. Januar abgehaltenen Versammlung der hiesigen Vereinigung der Stereotypen- und Galvanoplastiker wurde zunächst das eingegangene Zirkular der Zentralkommission betreffs Einberufung eines Kongresses während der Osterferienzeit nach Berlin verlesen. Die hiesige Vereinigung hatte bereits im Dezember an die Zentralkommission eine Anfrage gerichtet, ob es sich nicht empfehlen würde, gemäß dem Vorgehen der Maschinenmeister Fragebogen auszugeben zur Orientierung für einen abzuhaltenden Kongress. Auch über verschiedene andere Fragen hätte die Vereinigung gern Auskunft gewünscht. Als einzige Antwort war nun das erwähnte Zirkular eingegangen. Die hiesige Vereinigung vertakt und vertitt immer noch den einzigen Standpunkt, für Aufnahme der Stereotypen- und Galvanoplastiker in den deutschen Buchdruckerarif einzutreten. Leider gibt das Zirkular über diesen Punkt keine genügende Auskunft. Auch wurde beschlossen, über die Deckung der Kosten, die, sollten sie von jeder Mitgliedschaft selbst getragen werden, für uns hier in der fernsten Ecke des Reiches ganz bedeutende sein würden, vorher eine Anfrage an die Zentralkommission zu richten. Zur Orientierung wurde beschlossen, eine Statistik über die hiesigen Verhältnisse und, soweit uns möglich, über die der Provinz aufzustellen, auch die dem Gau angehörenden auswärtigen Kollegen durch Rundschreiben nochmals aufzufordern, sich der Organisation anzuschließen. Darauf wurden noch einige technische Fragen erörtert. — Am 28. Januar veranstaltete die Vereinigung eine Besichtigung der württembergischen graphischen Kunstankalt von Gustav Dreher. Hier wurde zuerst die Herstellung einer photographischen Platte mittels Kollobodiums und Silberlösung (nasses Verfahren) gezeigt. Der Vorstand der photographischen Abteilung, Herr Bömmel, nahm sodann ein Strichnegativ sowie mit Raster eine Autotypie auf. Er demonstrierte dann die Entwicklung dieser Negative, ihre Fixierung, Verfertigung und Schwärzung mit Schwefelammonium. Herr Boß, der Geschäftsführer der Firma, welcher auch die Führung übernommen hatte, erklärte sodann die weitere Entwicklung der Platten, die Deckung des Zinks mittels Farbe, Asphalt, Kolophonium, des Kupfers mit Methyl, das Einbrennen und das Ätzen. Viele ausliegende Platten ergänzten die Erläuterungen des Vortragenden. Ausgelegte Andrucke veranschaulichten den Farbenbrud in seinen verschiedenen Stadien. Der Vorsitzende sprach im Namen der Anwesenden der Firma sowie den genannten beiden Herren für ihre interessanten Erläuterungen den besten Dank aus.

Tr. Tilsit. In Nr. 10 des „Korr.“ lesen wir über die Generalversammlung des Königsberger Maschinenvereins u. a.: „Auf tariflichem Gebiete hatte der Verein insofern einen Erfolg zu verzeichnen, als durch seine Vermittelung die Kollegen in Tilsit und Memel tarifmäßige Bezahlung erhielten.“ Dieser Satz entspricht den Tatsachen, was Tilsit anbetrifft, durchaus nicht. Anfang vorigen Jahres leiteten die drei Maschinenseher der Reylanderischen Offizin einiger Mitgliedschaften am Orte wegen ihrer Spezialorganisation den Wälden, erklärten sich aber bereit, dem Vereine wieder beizutreten, wenn sie ihre Beiträge direkt nach Königsberg senden und mit dem dortigen

Vereine korrespondieren dürften. Der damalige Königsberger Vorsitzende suchte nun die Meinungsverschiedenheiten unter den hiesigen Kollegen dadurch zu beseitigen, daß er erklärte, herüberzukommen, was im Frühjahr 1905 geschah. Außerlich wurde die Einigkeit wieder hergestellt und den drei Kollegen die neuen Mitgliedsarten überreicht, so daß Kollege M. frohen Herzens wieder abdammen konnte. Die Maschinenseher in der Druckerei J. Reylander & Sohn erhalten seit Aufstellung der Maschinen das ortsübliche Minimum. Die beiden älteren Kollegen G. und L. arbeiten seit 1905 über, Kollege S. zum Minimum. Ueberstunden, die selten vorkommen, werden tariflich bezahlt; die sanitären Verhältnisse sind als günstige zu bezeichnen; Kontrolle über die Leistungen der einzelnen Seher wird nicht geführt, da eben jeder seine Pflicht tut. Auch ist hervorzuheben, daß deren persönlicher Verkehr mit Prinzipal und Geschäftsleiter durchaus angenehm ist. Um zu verhüten, daß den auswärtigen Maschinensehern ein falsches Bild über die hiesigen Verhältnisse geboten wird, fühlen wir uns zu dieser Erklärung veranlaßt.

Die Maschinenseher der Druckerei J. Reylander & Sohn. Gahner, Hamann, Truhung.

Zrier. Die am 21. Januar abgehaltene Bezirksversammlung war einschließlich zweier Kollegen aus Wittburg und deren fünf aus Traben und Trarbach von etwa 90 Kollegen besucht. Nach dem Jahresbericht wurde mit Beginn des Jahres in allen Druckereien Zriers, welche Gehilfen beschäftigen, der Lokalaufschlag bewilligt und die noch zurückgebliebenen Firmen, welche Verbandsmitglieder beschäftigen, haben auch gleichgültig den Tarif schriftlich anerkannt. In einer gut besuchten Allgemeinen Versammlung am 21. Mai hat uns Kollege Rezhäuser eine Nichtigkeitsurkunde gegeben, nach welcher wir unsere Gewerkschaftsfragen regeln müssen. Die Beschlüsse sowohl der Generalversammlung wie auch des Gautages haben die Mitglieder befreudigt. Die Vertrauensmänner erklärten, in allen Geschäften wäre die Tarifbindung zu konstatieren, es seien aber einige Abweichungen bezüglich der bundesrätlichen Bestimmungen in kleineren Geschäften zu verzeichnen. Am meisten soziales Entgegenkommen habe die Firma Dasbach bei Einführung des Lokalaufschlages bewiesen, wonach allen Gehilfen wie auch den Lehrlingen und Hilfsarbeitern der Lokalaufschlag bewilligt worden sei und der Tarif in allen Punkten bezahlt werde. Die Ausführungen der auswärtigen Kollegen zeitigten den Beschluß, daß in deren Orten in kurzer Zeit Rückfragen mit den Prinzipalen stattfinden sollen. Zu Beginn des Jahres zählte der Bezirk 138 Mitglieder, welche Zahl im 4. Quartale auf 150 gestiegen war. Die Vorstandswahl brachte die einstimmige Wiederbesetzung der drei ersten Posten mit den bisherigen Funktionären; betreffs der Beisitzer schlug ein Mitglied vor, etwas radikalere Kollegen zu wählen, welchem Vorschlage nachzukommen der Vorsitzende empfahl, denn dann würden die Versammlungen auch vielleicht besser besucht werden. Mit einem kräftigen Hoch auf den Verband schloß der Vorsitzende die Versammlung.

V. Weimar. Das Jahr 1905 war gleichfalls für unsern Ortsverein ein recht reges in organisatorischer Beziehung, da die Kollegenschaft an dem Beratungsmaterial für den Thüringer Gautag sowohl wie für die Generalversammlung des Verbandes den lebhaftesten Anteil nahm. Als wieder bestimmter Gauort waren für Weimar die Erörterungen über die Verwaltungsfrage bzw. die Befragung der wichtigsten Posten im Gauvorstande naturgemäß sehr umfangreich. Die Lösung kann aber, so stellte der Vorsitzende in der am 20. Januar abgehaltenen Generalversammlung fest, bereits nach vierteljährlicher Tätigkeitsperiode als eine glückliche bezeichnet werden. Wenn der durchschnittliche Besuch der Versammlungen der von 80 am Anfang des Geschäftsjahres auf 90 Mitglieder am Ende desselben gestiegenen Mitgliedschaft nur reichlich 50 Proz. betrug, so mag vielleicht die Häufung der Versammlungen etwas mit Schuld tragen, vielleicht aber auch Umstände zu einem, ein freundschaftliches Entgegenkommen nicht immer fördernden Verhalten kleiner Gruppen innerhalb des Ortsvereins. Diese allzumenschliche Erscheinung dürfte wohl jetzt als erledigt betrachtet werden. Der weiteren Pflege und Hebung der Kollegialität sollen in Zukunft neben den sonstigen Veranstaltungen unterhaltende bzw. belebende Abende dienen, wie ein solcher bereits mit Erfolg stattgefunden hat. Anregungen zur technischen Vervollkommnung durch Preisausschreiben zur Erlangung von Druckschneidwerkzeugen zu Festlichkeiten werden auch, da die bisherigen Versuche fruchtlos, späterhin gegeben werden. Ist das Verhältnis unserer Mitgliedschaft zu denen der umliegenden Druckorte ein von echtem kollegialen Geiste getragenes, so ist das zur übrigen organisierten Arbeiterchaft in Weimar mit der Note (frei nach Hilow) „korrekt“ zu kennzeichnen; ein gewisser Hyperradikalismus glaube in unsere interne Angelegenheiten sich einmischen zu müssen. Trotzdem tat die Kollegenschaft auch in finanzieller Hinsicht ihre „Schuldigkeit“; nicht stürmend, sondern ruhig abwägend handelt wird sie auch bei kommenden Anlässen. Neuerdings läßt sich der Ortsverein die Förderung eines aus bürgerlichen Kreisen hervorgegangenen Projektes der Errichtung einer tendenzlosen Volkshalle angelegen sein. Die Zeit liegt vielleicht auch nicht fern, da die Weimarer Kollegenschaft in eine Diskussion über die Beteiligung an den Wahlen zur kommunalen Körperschaft wird eintreten müssen, wenn die so notwendige Vertretung der Arbeiterchaft in unserm Stadtparlamente endlich einmal erzielt werden soll. Daß die Anteilnahme der Arbeiterchaft an genannten Wahlen aber unabhängig von parteipolitischen Agitation geschehen muß, ist nach Lage der Dinge in Weimar Sache der Ein-

sicht zunächst jedes Kollegen und dann der übrigen Mitgliederchaft. Sind auch die Vorbedingungen bei letzteren noch nicht erfüllt, so gilt es eben diese Hindernisse zu beseitigen. Und der Erfolg würde die Berechtigung unserer Gewerkschaftspolitik nur bestätigen.

Zabrze (O.-Schl.). Nun sind auch wir in der angenehmen Lage, einen Generalversammlungsbericht, welcher am 27. Januar erstattet wurde, veröffentlichen zu können. Nach vor Jahresfrist waren am hiesigen Orte nur zwei Mitglieder beschäftigt. Als durch mündliche Agitation diese Zahl sich vergrößerte, schlossen wir uns enger zusammen und gründeten einen Ortsverein. Die Zukunft war keine rosig, denn in puncto Mitgliederzuwachs glaubten wir auf dem toten Punkte angelangt zu sein. Doch schon die erste Agitationsversammlung, welche in Anwesenheit des Bezirksvorsitzenden abgehalten wurde, brachte uns überraschende Resultate, und wir hatten mit dieser den Erfolg, daß sämtliche hiesige Nichtmitglieder sich unseren Reihen anschlossen. Nun war unser Augenmerk speziell darauf gerichtet, daß auch der Tarif in den einzelnen Offizinen Eingang finde. Dies war nun überraschend weniger schwierig. — Dem Berichte des Vorsitzenden ist noch folgendes zu entnehmen: Der Mitgliederstand stieg von 6 auf 16 Mitglieder, und sank infolge der Einführung von Sechsmaschinen am Jahreschlusse auf 12. Mit der allgemeinen Lage können wir uns zufrieden geben. Unter den Prinzipalen haben wir auch einen weisen Raben (L. Kempf) zu verzeichnen, welcher sein Personal höchst human behandelt und allen Beschäftigten eine Weihnachtsgroßzahlung bis 75 Mk. gezahlt hat. Ein anderer (S. Müde) dagegen wurde wegen wiederholter Verletzung der Bundesratsvorschriften gerichtlich mit einer Strafe von 30 Mk. belegt. Um das abgelaufene erste Vereinsjahr würdig abzuschließen, leisteten wir uns auch ein „erstes Stiftungsfest“, welches als ein wohl gelungenes bezeichnet werden kann. Auch beabsichtigen wir, im laufenden Jahre uns eine Bibliothek zuzulegen, da unsere Mittel aber nur geringe sind und wir die Mitglieder an der Revolutionskante geistig nicht verpuffen lassen wollen, so bitten wir größere Ortsvereine, uns Duplikate oder auch ausgeliehene Bücher gütigst überlassen zu wollen. Porto tragen wir gern. Etwasige Sendungen bitten wir an die Adresse des Vorsitzenden: Paul Sebesta, Buchdruckerei Gedeh, gelangen zu lassen.

Rundschau.

Die Buchdruckerei Mendelssohn in Duisburg, eine tarifanerkennende Firma, sucht in der Tagespresse einen Kaufmann, welcher „zugl. Buchdrucker erlernen kann“, in allen Fächern unferst eigenartigen, gewiß nicht im Handumdrehen zu beherrschendem Berufes als ausgebildet werden soll. Für die Buchdruckerei Mendelssohn scheint es demnach keine Unmöglichkeit zu geben. Bei ihr fangen die heranwachsenden Gutenberglünger als Kaufleute an, um als routinierter Faktor dann hinauszugehen, wenn wieder ein Nachschub erfolgen muß. Die Praktiken dieser Tariffirma verdienen alle Beachtung.

Ein schwerer „Verlust“ hat den Verband getroffen durch den „Wissen“-Wahlrechts Sonntag, der so viele Leute den Weltuntergang besorgen ließ. Ein Seher namens Oskar Weber, gebürtig aus Döbeln i. Sa., konditionierend in Camburg und daher Mitglied des Bezirksvereins Raumburg, hat nämlich mit folgendem Schreibbriefe vom 26. Januar an die dortige Vereinsleitung zu erkennen gegeben, was er für ein tapferes Kerlchen ist: „Aus Anlaß der am vergangenen Sonnabend stattgefundenen Versammlung, der ich beizuwohnen gedachte und deshalb eine halbe Stunde Arbeit verpuffte, um nur zur Weh zu kommen, was mir trotzdem nicht gelang, bin ich, wie gesagt, in keinen guten Ruf gekommen. Da die Versammlung gerade am Sonnabend vor dem verhängnisvollen Sonntag stattfand, dachten einige von Camburg, ich würde einer sozialdemokratischen Versammlung beiwohnen, wurde demnach als Sozialdemokrat gehalten. Um diesem Irrtum vorzubeugen, fühle ich mich veranlaßt, mich aus dem Verbandsabzusehen. Ferner hege ich den Wunsch, mich freiwillig zum Militär zu stellen und daselbst zu bleiben. Daher brauche ich mein Geld selbst und beantrage meinen Austritt mit dem 1. Januar 1906“. Wir geben von der Retirade dieses Angsthäsen, den es so gewaltig nach dem zweierlei Tuche zieht, daß er seinen (mit Reiten erfolgten) Austritt gar noch um vier Wochen zurückzuzögern möchte, nur auf besondern Wunsch Kenntnis. Dieses tapfere Seherlein hatte nämlich bei seiner Aufnahme das ausdrückliche Verlangen gestellt, daß von seinem Beitritte in unsere Organisation auch die Buchdruckerfestigkeit erfahre. Logischer Weise muß diese also auch davon unterrichtet werden, daß der Typensänger Oskar Weber als Opfer des „toten“ Sonntages nun auf der Strecke geblieben ist, dieneil er eine am Tage zuvor stattfindende Mitgliedschaftsversammlung in Raumburg zu besuchen gedachte. O Gott, wie ist dein Tierreich groß!

Freigesprochen von einer Juwelierhandlung gegen den § 11 des Preßgesetzes wurde der Buchdruckermeister Mäßer in seiner Eigenschaft als Redakteur der „Typographischen Jahrbücher“. In Heft 8 der „Jahrbücher“ war ein Artikel erschienen, in dem besaupt wurde, der Redakteur der Zeitschrift „Der Buch- und Steinbrucker“, Ernst Morgenstern in Berlin, habe sich an einer persönlichen Hege gegen Mäßer beteiligt und einen Artikel über eine Gerichtsverhandlung zwischen Mäßer und dem früheren Direktor der Buchdruckerkunstanstalt, Dr. Kranzler, an Mäßers Freunde im Ministerium des

(Fortsetzung in der Beilage.)

Beilage zum Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Nr. 15.

Erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend.
Abonnementspreis 65 Pfennig vierteljährlich.

Leipzig, den 6. Februar 1906.

Inserate kosten: die Kompositionelle 25 Pf.;
Versammlungsanzeigen u. Arbeitsmarkt 10 Pf.

44. Jahrg.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatte.)

innern und an die Delegierten der Hauptversammlung des Deutschen Buchdruckervereins und der Buchdruckerberufsgenossenschaft verhandelt, in der Absicht, Mäßer herabzusetzen. Morgenstern bestritt in einer Zuschrift vom 26. August v. J., seine Zuschrift mit dem fraglichen Artikel verschickt zu haben und verlangte eine dahingehende Verächtigung. Mäßer nahm davon jedoch keine Notiz, trotzdem er sich Morgenstern gegenüber, wie dieser behauptete, verpflichtet hatte, die Verächtigung aufzunehmen. Mäßer erklärte in der Verhandlung, er habe sich nicht für verpflichtet gehalten, die Verächtigung aufzunehmen, da er das, was Morgenstern bestritten haben wollte, gar nicht geschrieben habe. Er habe nur von Artikeln, die verächtlicht worden seien, geschrieben und nicht von Besten des Deutschen Buch- und Steinbrucker. Diese Zeitschrift sei ein Konkurrenzunternehmen gegen die „Typographischen Jahrbücher“, und Morgenstern habe nur beabsichtigt, ihn (Mäßer) herabzusetzen und den „Typographischen Jahrbüchern“ Abbruch zu tun. Daß der in Frage kommende Artikel wirklich verschickt worden sei, habe Morgenstern selbst zugegeben. Das Gericht schloß sich der Auffassung des Angeklagten an und sprach ihn nach längerer Beratung frei.

Die Lösung der Amtsblattfrage in der Weise, daß jede an einem Orte befindliche Zeitungsdruckerei dabei ihre Interessen gewahrt findet, hat in Ulm der bis dato noch immer tarifgenössische Verleger der „Ulmer Schnellpost“, Dr. Mülling, durch folgenden Vorschlag an die Stadtverwaltung einen Schritt vorwärts gebracht: Die Stadtverwaltung sucht die Zustimmung der Bezirksbehörden zur Herausgabe eines Amtsblattes zu bekommen, in dem diese neben den städtischen Anzeigen sämtliche oberamtliche und Bezirksanzeigen zu veröffentlichen sich verpflichten. Die Behörden zahlen entweder einen festen Zeilenpreis oder erhalten wie bisher die Aufnahme kostenlos. Das Blatt selbst hat weder einen politischen noch unterhaltenden Teil. Von den Verlagsbedingungen der Ulmer Zeitungen wird eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung gegründet, auf deren Kosten die Herstellung des Blattes erfolgt. Diefelbe verpflichtet sich, morgens um 10 Uhr das Blatt fertig abzugeben. Das Amtsblatt wird sämtlichen städtischen Zeitungen beigelegt. Ferner soll es an den Schaltern der hiesigen Zeitungen zu haben sein. Da das Amtsblatt in einer Auflage von mindestens 24000 Exemplaren erscheint, so ist den Anzeigen die weiteste Verbreitung gesichert. Die Gesellschaft hätte bei einem Reingewinne bis zu 5000 Mk. 10 Proz. an die Stadt abzuführen, bei einem solchen bis zu 10000 Mk. 20 Proz., bis zu 20000 Mk. 30 Proz. usw. — Die Stadtverwaltung von Ulm wird hoffentlich ihre spätere endgültige Zustimmung zu diesem Projekte von dem Beitritte zur Tarifgemeinschaft seitens aller sich beteiligenden Druckereien abhängig machen. Dr. Mülling müßte dann als Gewerbetreibender einfach Farbe bekennen.

Wie man unbedenklichen Zeitungen den Mund stopft, hat der amerikanische Straßkräftling Fried gezeigt, indem er die Pittsburger Nachmittagszeitung „Leader“, die ihm ständig etwas am Halse zu ficken mußte, einfach für das Stümchen von 125000 Dollars aufkaufte und als leitenden Redakteur eine Persönlichkeit anstellte, die wie er bislang die Zielscheibe der Angriffe des genannten Blattes war.

Der Zentralausschuß der Gewerbegerichtsbeihilger (Arbeitnehmer) Deutschlands hat sich in Dresden neuentstittet. Die Adresse des Vorsitzenden Richard Holz ist: Dresden-Alttadt, Am See 33, IV.

George Jacob Holzacke, der Mentor der englischen Genossenschaftsbewegung, ist im Alter von 91 Jahren gestorben. Seit einem halben Jahrhundert war er mündlich und schriftlich für die Ausbreitung des Genossenschaftswesens tätig. Seine Geschichte der redlichen Pioniere von Rochdale hat eine Weltberühmtheit gewonnen.

In der vorigen Woche fand an drei Tagen in Berlin die avisierte Protestkundgebung der deutschen Tabakarbeiter gegen die Tabaksteuererhöhung statt, in welche Tagung mitten hinein die Nachricht von der Ablehnung derselben durch die Finanzkommission des Reichstages plachte. Diese Meldung wurde mit großem Jubel aufgenommen. Man verheißte sich aber keineswegs, daß bis zu dem Endziele der wirklichen Ablehnung dieses für eine Viertelmillion deutscher Arbeiter von den allerschlimmsten Folgen begleiteten Gesetzentwurfes noch sehr viele Umfälle lauern, und daß der allgemeine Tabakarbeiterkongreß seine Stimme noch ebenso laut gegen diese Bedrückungssteuer eines ganzen Arbeiterstandes erheben müsse. Diese Protestkundgebung war veranstaltet von dem deutschen Tabakarbeiterverbande, der Zigarrenfortierorganisation und dem Gensefelerbunde, der auch interessiert ist an dieser hochwichtigen Frage. Der christliche Tabakarbeiterverband schloß sich letztwärts in die Reihe. Aus 537 Orten waren 193 Delegierte erschienen, also eine ganz hervorragende Beteiligung. Die Debatten

waren so lebhaft, daß am Schlusse der Beratungen noch 50 Redner eingezeichnet waren. In der dann einstimmig angenommenen Resolution erklärte der Kongreß: Die Tabakarbeiter glauben um so mehr berechtigt zu sein zu einem Proteste gegen jede weitere Steuererhöhung: 1. weil in der Tabakindustrie eine große Zahl schwächerer und verkrüppelter Arbeiter Unterjochung gefunden haben, die in keiner anderen Industrie sich zu ernähren in Stande sind und bei der durch die Steuererhöhung bewirkten Arbeitslosigkeit nur den Gemeinden zur Last fallen würden; 2. weil durch den am 1. März 1906 in Kraft tretenden Zolltarif eine weitere Herabdrückung der elenden Lebenshaltung der Tabakarbeiter bewirkt wird; 3. weil die jetzige Steuergesetzgebung für die Tabakindustrie zur Folge hatte, daß die Tabakarbeiter, die vor dem Jahre 1879 mit zu den besser entlohnerten Arbeitern gehörten, jetzt nach der Lohnstatistik der Berufsgenossenschaften mit ihrem Jahresverdienste um 404 Mk. unter dem Durchschnittsverdienste der gegen Unfall versicherten Arbeiter stehen. Die alljährlichen enormen Einnahmen, die das Reich durch die im Jahre 1879 erfolgte Erhöhung des Tabakzollens und der Tabaksteuer hat, werden hauptsächlich getragen durch die in der Tabakindustrie und deren Nebengewerbe beschäftigten Arbeiter in Form der damals in großem Umfange vorgenommenen Lohnreduktionen, die sie über sich ergehen lassen mußten auf Grund der durch das Sozialistengesetz herbeigeführten Wehrlosmachung der Arbeiter und durch die in erheblichem Maße betriebene Verlegung der Fabrikation auf das flache Land. Der Kongreß protestierte dann noch gegen den Plan der Zigarettensteuer und sprach die Erwartung aus, daß die Regierung die Steuergesetzgebung zurückziehen werde und auch in Zukunft die Tabakindustrie nicht weiter bedrohe. Sollte dies nicht eintreten, so erwartet der Kongreß, daß der Reichstag ebenso einstimmig wie seine Kommission in erster Lesung das Schicksal der Vorlage durch ein ablehnendes Votum besiegeln wird.

Die Heimarbeitersausstellung in Berlin ist in der ersten Woche von 4500 Personen besucht worden. Auch die deutsche Kaiserin erschien unerwartet unter denen, welche diese Ausstellung des Glanzes besichtigen wollten. Da zu der Zeit, wo dieser überraschende Besuch erfolgte, keine Mitglieder des Ausstellungskomitees anwesend waren, übernahmen einige Gewerkschaftler die Führung. Die Kaiserin soll sehr erkaunt gewesen sein, als sie die Hungerlöhne vernahm, welche für die Heimarbeitersprodukte bezahlt werden. Mit den Worten: „Warum machen die Leute das, wenn es so schlecht bezahlt wird“, brüllte die Kaiserin die in den höheren Kreisen vorhandene unklare Auffassung über die bei dieser Warenzeugung vorhergehenden unglaublichen Mißstände und deren Ursachen treffend aus.

Gegen das Zwischenmeister-system nehmen die Gewerbevereine jetzt eine einheitlichere und erfreulicherweise einschiedene Stellung ein. Das Mainzer Gewerbegericht hatte nun auch einen Waispeltulanten in einer Entscheidungssache eines Arbeiters regreßpflichtig gemacht, indem es einen vorgeschobenen Zunftmeister, dem der betreffende Neubau in Alford übergeben war, nur als Strohmännchen ansah. Das Landgericht bestätigte dem Bauwörden auf eingelegte Berufung die Richtigkeit der gewerbegerichtlichen Auffassung.

Die ganz selbstverständliche Ansicht, daß eine Hilfszahlstelle kein selbständiger Verein ist, mußte der Staatsanwalt in Hildesheim in einem Prozesse gegen zwei Funktionäre des Bauhilfsarbeiterverbandes sich erst von dem preussischen Kammergerichte bestätigen lassen, ehe er daran zu glauben vernohete. Polizei und die Staatsanwaltschaft haben eben gar zu sonderbare Auffassungen von den bestehenden Gesetzen.

Vor dem Schumurgerichte in Leipzig wurde vier Tage lang ein Streikprozeß verhandelt, dem man den Charakter eines Landfriedensbruchprozesses gegeben hatte; bei dem in Frage kommenden Streit von Rauchwaren-zurichtern in Marstrandt war es nämlich zu einem Zunumte gekommen. Drei der Angeklagten erhielten je 1 1/2 Jahr Gefängnis, sechs andere wurden freigesprochen. Da das Ende dieser Staatsaktion erst kurz vor Schluß dieser Nummer bekannt wurde, sind uns längere Ausführungen darüber diesmal noch nicht möglich.

Hochverrat sollen die Verfasser und Verleger des in Hamburg zum 17. Januar erschienenen Wahlrechtsflugblattes nach Ansicht des Staatsanwaltes verübt haben. Söher geht es wohl nimmer?

Wir hatten bei einer früheren Gelegenheit bereits mitgeteilt, daß das Versammlungsrecht in Hamburg infolge der Erzeßse der „Halbstarren“, die die Hamburger Polizei gelegentlich der Wahlrechtsdemonstration am 17. Januar unbeaufsichtigt ließ, welche günstige Gelegenheit jene Elemente bekanntlich dann nach Kräften ausnützten, einfach aufgehoben wurde. Auch die Gewerkschaften und die Genossenschaften dürfen keine Versammlungen abhalten. Nachdem auch dem Handels- und Transportarbeiterverbande verboten war zu tagen, wurde von

beffen Leitung eine Versammlung mit folgender Tagesordnung einberufen: „1. Beanstanden wir einen Kommerz zum Geburtstage des Kaisers? 2. Anträge und Anfragen.“ Diese Versammlung konnte stattfinden. Sie wurde auch eröffnet, aber wegen des verabredeten schlechten Besuchs sogleich geschlossen. Die Polizei war allgütlich herein-gefallen auf den Scherz.

In Triest haben bei dem Oesterreichischen Lloyd die Heizer den Ausstand erklärt, weil ihnen die Zuficherung einer 10- bis 20prozentigen Lohnaufbesserung nicht genigte.

Briefkasten.

B. B. in Wien: Das würde zu weitgehen, wollten wir uns um solche Sachen kümmern. — Nach Köln: Besten Dank für gefasene Korrektur. Deckt sich mit unsrer Auffassung und werden dem Verfasser die betreffende Nummer zuwenden. — R. Krieger, Vorsitzender des Gutenbergbundes in Koburg: Ihre angelegliche Verächtigung ist ja keine solche und übrigens nur durch einen Befehl „von oben“ diktiert, wo man unseren Kollegen den bekannten Geisfußtritt für ihr Bemühen versehen will, Sie und Ihre Bundeskollegen wieder an die alten Stellen gebracht zu haben. Daß Sie nach den in Koburg gemachten Erfahrungen sich zu solchen dreidigen Diensten hergeben, ist lediglich ein weiterer Beleg für den Begriff der Kollegialität im Gutenbergbunde. — P. S. in Berlin: Aus allgemeinen und aus taktischen Gründen kann Ihr Artikel nicht veröffentlicht werden. Sie wollen in der betreffenden Berliner Versammlung einen dementsprechenden Antrag stellen. — W. S. und U. K. in Hannover: Besten Dank und Gruß! — W. K. in Nürnberg: Haben Sie meine Karte nicht erhalten? Ihren Artikel muß ich erst prüfen. R. — W. R. in Stettin: 6 Mk. Gruß! — R. B. in Suhl: Leider kam Ihre Karte zu spät für die Sonnabendnummer hier an. Besten Gruß! — S. S. in Genua: Solche Sachen sind unter Rundschau nicht zu verwenden. Wenn Sie aber Angelegenheiten aus dem Buchdrucker- oder dem Gewerkschaftsleben berichten können, würden wir Ihre Einsendungen bereitwillig Aufnahme gewähren. Ihr Interesse an dem „Korr.“ findet bei uns dankbare Anerkennung.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 20, Chamissoplatz 5, III.
Berlin Brandenburg. Die Mitgliedschaftsvorstände des alten Bezirks Brandenburg wollen ihre Jahresberichte schleunigst einenden an Albert Schulenburg, Nikolaistraße 23.
Berlin Gera. Die Seger Max Hoffmann aus Freytag (N.-Schl.), Hauptbuchnummer 53296) und Karl Schmidt aus Merxleben bei Langensalza (Hauptbuchnummer 47694), welche ohne Buch abgereist sind, werden aufgefordert, ihren Verpflichtungen nachzukommen, widrigenfalls Ausschluss erfolgt.
Berlin. Um den jetzigen Aufenthalt der Seger Peter Ohlson aus Londern und Franz Schröder, zuletzt in Freiberg i. B., ersucht die verehrl. Verbandsfunktionäre W. Franz, Wärfstraße 30a.

Adressenveränderungen.

Berlin Neustadt a. S. Vorsitzender: Kaspar Holzappel, Mathausstraße 24, II; Kassierer: Wilh. Maier, Markplatz 12.
Baden-Baden. Vorsitzender: Friedrich Jensen, Weinbergstraße 39; Kassierer: Andreas Aitenhöfer, Weinbergstraße 10.
Berlin. Vorsitzender: Wilhelm Franz, Wärfstraße 30a; Kassierer: Hermann Stock, Schäferstraße 43.
Bresden. (Verein der Stereotypen- und Galvanoplastiker.) Vorsitzender: Oskar Herschel, Cottaeferstr. 13, III; Kassierer: Karl Walter.
Greifswald. Vorsitzender: Franz Schindler, Friedrichstraße 4, II; Kassierer: Josef Dörfel, Raubenerstr. 4.
Hannover. (Maschinenmeisterverein.) Vorsitzender: W. Höpne, S.-Buden, Grotestraße 5; Kassierer: Karl Richter, Grünstraße 12A.
Heilbronn. (Maschinenmeisterverein.) Vorsitzender: Heinrich Flöhner, Münchseefstraße 3, II; Kassierer: Aug. Gailing.
Minden i. W. Vorsitzender: Wof, Pionierstraße 3a; Kassierer: Chr. Gieseking, Königswall 75.
Nürnberg. (Maschinenmeister.) Kassierer: M. Sommer, Koburgerstraße 53, I.
Pöfned. Vorsitzender: Bernh. Schmidt, Kloster-gasse 6, II; Kassierer: Otto Tichendorf, An der Bahn 1.
Rudolstadt. Vorsitzender: Edmund Fischer, Innere Weimarischestraße 19; Kassierer: O. Böchner, Schloß-aufgang V, Nr. 4.
Schwern i. M. Vorsitzender: Hermann Rübemann, Johannesstraße 14, II; Kassierer: Emil Dingner, Fritsch-Neuerstraße 36, I.

